

Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit

*Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an
den 28. Parteitag am 14./15. Dezember 2015 in Karlsruhe*

CDU

1 **1.**

2 **Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit**

3 **Präambel**

4 Wir erleben eine neue industrielle Revolution. Ausgehend vom
5 mechanischen Webstuhl Ende des 18. Jahrhunderts über das erste
6 Fließband zu Beginn des 20. Jahrhunderts und mit der dritten Welle
7 durch den Einsatz von Elektronik und Informationstechnologie in
8 den 70er Jahren findet heute die vierte industrielle Revolution statt:
9 die zunehmende Verschmelzung von realer und virtueller Welt – die
10 Digitalisierung.

11 Gleichzeitig haben wir weitere Herausforderungen zu bewältigen:

12 Wir leben im Zeitalter des demografischen Wandels und der
13 Globalisierung. Unsere Bevölkerung ist die älteste in Europa, wir
14 werden weniger und die Gesellschaft wird vielfältiger. Die
15 Bevölkerung in anderen Regionen der Welt wächst rasant.

16 Mittlerweile leben über sieben Milliarden Menschen auf der Welt, die
17 allermeisten außerhalb Europas. Das bleibt nicht ohne Folgen für
18 unser Land und unsere Gesellschaft. Ideen und Erfindungen führen
19 sowohl zu mehr Wettbewerb als auch zu mehr Teilhabe in der
20 ganzen Welt. Die Digitalisierung treibt dies weiter voran. Sie
21 beschleunigt den Austausch von Ideen und Informationen, von
22 Gütern und Dienstleistungen sowie die Vernetzung der Märkte
23 weltweit. Sie eröffnet gleichzeitig aber auch Chancen für neue
24 Märkte und neue Lösungen für unsere sich wandelnde und älter
25 werdende Gesellschaft.

26 **2.**

27 Wie jede technische Umwälzung verunsichert auch die
28 Digitalisierung viele Menschen. Wir nehmen dies ernst, sagen aber
29 auch: Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Für die CDU ist die
30 Digitalisierung ein Instrument persönlicher Freiheit und freien
31 Wettbewerbs. Sie ist ein unumkehrbarer, politisch wie wirtschaftlich

32 fruchtbarer Entwicklungsprozess, der weltweit zunehmend mehr
33 Menschen persönliche, gesellschaftliche, politische und
34 wirtschaftliche Chancen eröffnen kann. Wie die Globalisierung
35 betrachtet die CDU auch die Digitalisierung als Entwicklung, die wir
36 aktiv beeinflussen können und nach den Grundsätzen der Sozialen
37 Marktwirtschaft gestalten wollen. Die CDU als Volkspartei
38 berücksichtigt dabei gleichermaßen die Interessen von
39 Arbeitnehmern wie Unternehmern, von Start-ups wie etablierten
40 Betrieben, von Regionen, die schon über eine flächendeckende
41 Breitbandversorgung verfügen wie von Regionen, in denen noch
42 Ausbaubedarf besteht.

43 Deutsche Unternehmen sind in vielen Wirtschaftsbereichen
44 Weltmarktführer. Unsere Ingenieure, Meister und Facharbeiter sind
45 führend bei der Entwicklung und Fertigung hochwertiger
46 technischer Geräte und dazugehöriger Dienstleistungen. Wenn sie
47 diese Fähigkeit mit digitalen Anwendungsmöglichkeiten verknüpfen,
48 können sie vom enormen Wertschöpfungspotenzial der
49 Digitalisierung besonders profitieren. Für kleine und mittlere
50 Unternehmen kann dies allerdings eine besondere Herausforderung
51 sein.

52 Die CDU ist überzeugt: Diese Aufgaben kann die Politik den
53 Unternehmen nicht abnehmen. Die Politik ist nicht der bessere
54 Unternehmer. Die richtigen Rahmenbedingungen durch Maßnahmen
55 im Bereich der Arbeitswelt, des Rechts, der Infrastruktur sowie der
56 Bildungsangebote zu setzen, ist jedoch Aufgabe der Politik.

57 **3.**

58 Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft
59 und unsere Arbeitswelt. Roboter und digitale Kommunikationsmittel
60 sind schon seit langem nicht mehr aus der Arbeitswelt
61 wegzudenken. Wie jeder große wirtschaftliche Entwicklungsprozess
62 ist auch die Digitalisierung gekennzeichnet von einer dynamischen,
63 offenen Entwicklung. Deshalb wird es eine dauerhafte Aufgabe sein,

64 diesen Prozess zu begleiten und immer wieder zu entscheiden, wo
65 Handlungs- und Regelungsbedarf besteht. Und deshalb sind flexible
66 Rahmenbedingungen nötig, die permanent Anpassungen und
67 Innovationen ermöglichen.

68 Für die CDU ist dabei klar: Wir wollen in Deutschland die Chancen
69 der Digitalisierung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres
70 Landes und damit für sichere und neue Arbeitsplätze nutzen. Denn
71 unser Ziel bleibt Arbeit für alle. Das herausragende technologische
72 Niveau, die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft der
73 deutschen Wirtschaft schaffen dafür eine sehr gute Basis.
74 Gleichzeitig wollen wir unsere hohen sozialen, arbeitsrechtlichen
75 und tarifvertraglichen Standards bewahren. So wird uns der
76 erfolgreiche Wandel zur Arbeitswelt 4.0 gelingen.

77 Die Digitalisierung ist eines der entscheidenden Themen für unser
78 Land. Deshalb wollen wir die gesellschaftliche Diskussion darüber
79 verstärken. Eine zentrale Plattform für den digitalen Wandel, vor
80 allem aber für den Diskurs zwischen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft
81 und Wissenschaft bietet der jährliche Nationale IT-Gipfel. Unser Ziel
82 ist es, diesen Austausch zu intensivieren und die Bürger stärker als
83 heute auf dem Weg des Wandels mitzunehmen. Wir wollen
84 begleitend zum Nationalen IT-Gipfel Bürgerformate ins Leben rufen.
85 Dort sollen aktuelle Entwicklungen des digitalen Wandels
86 anschaulich vorgestellt und mit Experten und Mitgliedern der
87 Bundesregierung diskutiert werden.

88 Für uns Christdemokraten gilt auch in der digitalisierten Welt der
89 Grundsatz der christlichen Gesellschaftslehre: Ursprung, Ziel und
90 Zentrum allen Wirtschaftens ist der Mensch.

91 **4.**

92 **I. Arbeit 4.0 – Der Mensch im Mittelpunkt**

93 Die Digitalisierung ermöglicht und erfordert neue Arbeitsstrukturen
94 und neue Organisationsformen. Sie eröffnet Freiräume zur
95 individuellen Gestaltung des eigenen Lebensentwurfs. Die CDU
96 setzt sich dafür ein, dass neue Möglichkeiten genutzt, neue
97 Aufgaben angenommen und neue Verantwortung gelebt werden.

98 ***Neue Möglichkeiten durch flexibleres Arbeiten***

99 Neue Möglichkeiten ergeben sich vor allem daraus, dass es mehr
100 Arbeit geben wird, die nicht mehr an einen festen Ort und feste
101 Arbeitszeiten gebunden ist. Für Arbeitnehmer bieten sich große
102 Chancen auf ein stärker selbstbestimmtes und
103 lebensphasenorientiertes Arbeiten, in dem sich auch Familie und
104 Beruf besser miteinander vereinbaren lassen. Allerdings gilt es auch
105 hier, die Risiken nicht aus dem Blick zu verlieren. Daraus ergibt sich
106 ein neues, stärkeres Handlungsfeld für Betriebe und Sozialpartner.
107 Sie haben die Aufgabe, gemeinsam die digitale Arbeitswelt so zu
108 gestalten, dass Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen
109 profitieren.

110 Den geltenden Regelungen liegt jedoch noch die Vorstellung eines
111 festen Arbeitsortes und von festen Arbeitszeiten zugrunde. Dieser
112 Blickwinkel wird den Anforderungen der Arbeit der Zukunft nicht
113 mehr gerecht. Die CDU steht dafür, dass den Wünschen der
114 Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität und den
115 Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen und
116 vorhandene Hürden abgebaut werden.

117 Wir wollen passgenaue Arbeitszeitmodelle und
118 Arbeitszeitregelungen, die den individuellen Bedürfnissen der
119 einzelnen Betriebe und ihrer Beschäftigten, insbesondere im
120 Hinblick auf deren Gesundheitsschutz entsprechen. Für die CDU
121 haben deshalb Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher

122 Ebene Vorrang vor gesetzlicher Regulierung. Wir werden diese
123 Bemühungen aber mit einem zeitgemäßen, flexibleren
124 Arbeitszeitrecht unterstützen. Mit dem Forschungsprogramm
125 „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von
126 morgen“ leistet die unionsgeführte Bundesregierung bereits einen
127 wichtigen Beitrag, um den Wirtschaftsstandort Deutschland im
128 globalen Wettbewerb zu stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu
129 schaffen.

130 **5.**

131 ***Neue Möglichkeiten durch mehr Freiheit***

132 Eine generelle gesetzliche Begrenzung der Einsatzmöglichkeiten
133 mobiler Kommunikation lehnen wir ab. Wir wollen Beschäftigten und
134 Arbeitgebern ein hohes Maß an Arbeitszeitverantwortung und
135 Freiheit bei der Arbeitsgestaltung ermöglichen. Es ist Aufgabe von
136 Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie der Sozialpartner, auf
137 betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, miteinander
138 auszuhandeln, wie mit neuen Arbeitsformen angemessen
139 umzugehen ist, um permanenter Erreichbarkeit und (Selbst-)
140 Überforderung vorzubeugen. Die grundsätzlich positive Wirkung
141 von Arbeit auf die Gesundheit und die persönliche Entwicklung des
142 Einzelnen werden nicht beeinträchtigt, wenn Führungskräfte und
143 Beschäftigte lernen, mit den neuen Arbeitsformen
144 eigenverantwortlich umzugehen.

145 **6.**

146 ***Neue Aufgaben durch neue Berufsbilder***

147 Die Digitalisierung verändert die Tätigkeitsfelder vieler Berufe: Neue
148 Berufsbilder treten hervor, andere werden sich anpassen oder
149 letztlich keinen Bestand haben. Auf dem Arbeitsmarkt werden
150 zunehmend Kompetenzen nachgefragt wie Lernbereitschaft,
151 interdisziplinäres Denken und Handeln, IT- und Medienkompetenz
152 sowie die Fähigkeit zur Gestaltung von Innovationsprozessen. Sie
153 werden künftig in nahezu allen Berufen gebraucht. Damit steigen die
154 Anforderungen an „Querschnittskennnisse“. Wie beim hybriden

155 Beruf des Mechatronikers, der mechanische und elektronische
156 Kompetenz verbindet, wird es künftig notwendig sein, Berufsbilder
157 zu entwickeln, die etwa Mess- und Regeltechnik mit IT-Kompetenzen
158 verbinden.

159 **7.**

160 ***Neue Aufgaben am „Ende der Kreidezeit“***

161 Im Klassenzimmer ist „das Ende der Kreidezeit“ angebrochen.
162 Bereits im schulischen Bereich müssen erste Schritte unternommen
163 werden, um Kindern den Zugang zu digitalen Technologien und
164 Inhalten zu ermöglichen. Bislang wird in erster Linie
165 Medienkompetenz, also die Anwendung dieser Technologien,
166 gelehrt. Damit Deutschland künftig auch in der Entwicklung dieser
167 Technologien führend sein kann, müssen bereits bei Kindern und
168 Jugendlichen frühzeitig Kompetenz, Interesse und individuelle
169 digitale Souveränität entwickelt und gefördert werden. Nur so kann
170 die nächste Generation gut ausgebildeter Fachkräfte entstehen. Die
171 CDU will daher einen verstärkten Aufbau von Unterrichtsangeboten,
172 die nicht nur die Anwendung, sondern auch die Entwicklung neuer
173 Technologien vermitteln. Besonders durch die Stärkung der MINT-
174 Bildung. Länder und Kommunen müssen ihre Bildungsausgaben
175 gezielt dafür einsetzen.

176 Kernkompetenzen und -fähigkeiten für die digitale Zukunft müssen
177 in die bestehenden Lehrpläne integriert, Rahmenlehrpläne und
178 Ausbildungsordnungen modernisiert werden. Schwerpunkte sollten
179 hierbei, neben der Vermittlung fachlicher Kompetenz, auch bei
180 sprachlicher und sozialer Kompetenz gesetzt werden.

181 **8.**

182 ***Neue Aufgaben durch neue Bildungsmöglichkeiten***

183 Das Verhältnis zwischen Aus- und Weiterbildung wird sich auch
184 aufgrund der Verkürzung von Innovations- und Wissenszyklen
185 weiter ändern. Zwar wird der erlernte Beruf auch im Zeitalter der
186 Digitalisierung und in einer zunehmenden Wissensgesellschaft

187 Ausgangspunkt des Erwerbslebens bleiben, jedoch noch stärker als
188 heute durch Aus- und Fortbildungsphasen begleitet werden.
189 Veränderte Bildungsbiografien und lebenslange Weiterbildung
190 werden tiefgreifende beruflich-fachliche Neuorientierungen
191 ermöglichen. Auch vor dem Hintergrund längerer Erwerbsbiografien
192 wird sich diese Entwicklung verstärken. Deshalb muss das Lernen
193 noch stärker selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit werden.

194 **9.**

195 ***Neue Aufgaben durch lebenslanges Lernen***

196 Auch im Bereich der Fort- und Weiterbildung entstehen neue
197 Aufgaben: Das betrifft die Hochschulen, die sich zunehmend für
198 berufserfahrene Studenten öffnen. So hat sich die Zahl der beruflich
199 Qualifizierten, die sich für ein Hochschulstudium entscheiden, seit
200 2007 nahezu verdreifacht. Hinzu kommen berufsbegleitende
201 Studienangebote und Teilzeitstudiengänge, die lebensbegleitendes
202 Lernen unterstützen. Insbesondere die Chancen der digitalen
203 Arbeitswelt erleichtern die frühzeitige und berufsbegleitende
204 Weiterqualifizierung. Aufgabe der Unternehmen, ihrer Beschäftigten
205 und der Sozialpartner ist es dabei, die durch die Digitalisierung
206 angestoßenen Veränderungsprozesse zu erkennen und durch
207 passgenaue Weiterbildungsangebote zu fördern. Diese
208 Weiterbildungsangebote müssen unterbreitet, aber auch aktiv
209 angenommen werden.

210 Die digitalen Medien eröffnen in der beruflichen Aus- und
211 Weiterbildung zudem zahlreiche Möglichkeiten von Interaktivität und
212 Vernetzung zwischen den Lernenden auf der einen sowie den Aus-
213 und Weiterbildern und dem Lehrpersonal auf der anderen Seite. Sie
214 unterstützen die Verzahnung verschiedener Lernorte und
215 ermöglichen nicht nur einen anforderungsgerechten Aufbau von
216 Wissen, sondern auch individuell steuerbares, zeitlich und räumlich
217 flexibles Lernen, das zudem an den persönlichen Lernstil angepasst
218 werden kann. Das kann insbesondere dabei helfen, gerade für Ältere
219 passgenaue Angebote für lebenslanges Lernen zu entwickeln.

220 Angesichts der Erfordernisse unserer Wissensgesellschaft zu
221 lebenslangem Lernen ist dies eine große Erleichterung. Bund und
222 Länder müssen dazu die Überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS)
223 als strategisch relevante Multiplikatoren bei der Verbreitung digitaler
224 Medien in Klein- und Kleinstbetrieben organisatorisch
225 weiterentwickeln und entsprechend ausstatten.

226 **10.**

227 ***Neue Aufgaben für die Gesundheitsvorsorge***

228 Die Förderung der physischen und psychischen Gesundheit von
229 Mitarbeitern bleibt gerade im Zuge der Digitalisierung eine wichtige
230 Aufgabe. Sie ist Voraussetzung für Entfaltungsmöglichkeiten des
231 Einzelnen, für Erwerbsteilhabe und leistet einen wichtigen Beitrag
232 zur Fachkräftesicherung. Deswegen muss physische und
233 psychische Gesundheit bei der Arbeit ein wichtiges Anliegen
234 unserer Gesellschaft sein, also auch der Beschäftigten, der
235 Krankenkassen, der Unternehmen und der Verwaltungen.

236 **11.**

237 ***Neue Verantwortung in der Arbeitswelt 4.0***

238 Neue Strukturen in der Arbeitswelt erfordern neue Verantwortung in
239 Unternehmen und Gesellschaft. Für die CDU ist dabei die Soziale
240 Marktwirtschaft der Orientierungspunkt zur Gestaltung dieser neuen
241 Verantwortung. Wir werden in ihrem Sinne auf die Arbeitswelt 4.0
242 mit der Sozialpartnerschaft 4.0 und dem Sozialrecht 4.0 antworten.

243 ***Neue Verantwortung für die Sozialpartnerschaft 4.0***

244 Seitdem unter Konrad Adenauer das Betriebsverfassungsgesetz
245 eingeführt wurde, haben Arbeitnehmer das Recht, in persönlichen,
246 wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Betrieb
247 mitzubestimmen. Darauf sind wir stolz. Die CDU will, dass sich
248 Arbeitnehmer in Deutschland auch in der digitalen Arbeitswelt auf
249 die Mitbestimmung verlassen können. Auch muss es in der digitalen
250 Arbeitswelt faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen geben.

251 Im Rahmen digitaler Arbeit werden große Datenmengen anfallen.
252 Damit werden auch die Möglichkeiten der Arbeitgeber erweitert,
253 arbeitnehmerbezogene Daten zu erheben und zu speichern. Dies
254 bietet Potenzial, um Arbeitsprozesse zu verbessern, birgt aber auch
255 die Gefahr der Überwachung von Verhalten. Wir werden diese
256 Entwicklung begleiten und, wenn nötig, rechtliche
257 Rahmenbedingungen anpassen.

258 **12.**

259 ***Neue Verantwortung im Sozialrecht 4.0***

260 Arbeit ist elementarer Bestandteil einer Volkswirtschaft und Basis
261 der sozialen Sicherungssysteme. Denn Arbeit schafft Einkommen
262 und damit Wohlstand. Teilzeit- und projektbezogene
263 Beschäftigungsverhältnisse sowie selbständige, freiberufliche
264 Tätigkeiten werden zunehmen. Vor diesem Hintergrund steht die
265 zukünftige soziale Sicherung vor großen Herausforderungen. Die
266 Problematik wird durch die demografische Entwicklung verstärkt.
267 Andererseits eröffnen gerade diese Beschäftigungsverhältnisse
268 mehr Möglichkeiten der Flexibilisierung in der digitalen Arbeitswelt.
269 Die CDU will einen sozialen Rahmen, der auch für die neuen
270 Beschäftigungsformen der digitalen Arbeit funktioniert. Wir wollen,
271 dass der Grundsatz der gegenseitigen Übernahme von
272 Verantwortung – also der Hilfe zur Selbsthilfe und der Solidarität –
273 für alle gilt.

274 Die Kopplung der sozialen Absicherung an abhängige
275 Beschäftigung stößt auch dann an ihre Grenzen, wenn der Anteil der
276 Selbständigen ohne eigene Beschäftigte an den
277 Erwerbstätigen immer weiter steigt. Nicht nur abhängig Beschäftigte
278 sind schutzbedürftig, sondern vielfach auch Selbständige ohne
279 eigene Beschäftigte (Solo-Selbständige). Deshalb muss gerade für
280 diese Personengruppe eine soziale Absicherung entwickelt werden.
281 Dabei sollen sie etwa in der Rente zwischen der gesetzlichen
282 Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.
283 Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbständig

284 Tätige Rücksicht nehmen und Selbständige in der
285 Existenzgründungsphase nicht überfordern.

286 Grundgedanke bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherung
287 muss es sein, einerseits bei den Betroffenen das Bewusstsein für
288 die Notwendigkeit verstärkter Altersvorsorge zu schaffen und zu
289 fördern. Andererseits ist es unumgänglich, von staatlicher Seite die
290 Rahmenbedingungen für private Altersvorsorge zu verbessern, um
291 die notwendigen Anreize zur Eigenvorsorge zu setzen. Gerade mit
292 dem Blick auf flexiblere Lebensarbeitszeiten gilt es deshalb, dass
293 Eigenvorsorge stärker belohnt und gerade in der
294 Rentenversicherung die Beitragsäquivalenz gestärkt wird – sowohl
295 bei früherem als auch bei späterem Renteneintritt (Flexi-Rente).

296 **13.**

297 **II. Wirtschaft 4.0 – Land der Innovationen**

298 Das Leitbild der CDU ist die Soziale Marktwirtschaft. Nach ihren
299 Grundsätzen ist es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen,
300 fairen Wettbewerb sicherzustellen. Dazu gehören die Gewerbe- und
301 Vertragsfreiheit, der Schutz privaten Eigentums, der Schutz vor
302 Marktbarrieren und vor Missbrauch durch marktbeherrschende
303 Unternehmen, die Tarifautonomie sowie das Ermöglichen von
304 Transparenz. Die ordnungspolitischen Eckpfeiler der Sozialen
305 Marktwirtschaft sind uns auch beim Umgang mit den
306 Herausforderungen der Digitalisierung ein verlässlicher Kompass.

307 Deutschland ist eine der führenden Industrienationen der Welt.
308 Unser Land hat das geschafft, obwohl es kaum über klassische
309 industrielle Rohstoffe verfügt. Unser Land hat das geschafft, weil wir
310 ein Land sind, das reich an innovativen Köpfen ist und Innovationen
311 im internationalen Wettbewerb entscheidend sind. In den
312 vergangenen Jahrzehnten wurden Innovationen eher schrittweise
313 vorangetrieben. Heute sind sie tendenziell disruptiv und können
314 Produkte, Dienstleistungen und Industrien vollständig ablösen.

315 Wir wollen basierend auf dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft
316 Antworten auf die Frage geben, wie Politik die notwendigen
317 Freiräume eröffnet und sichert, damit sich Kreativität entfalten kann
318 und Innovationen entstehen. Dazu gehört auch der kluge und
319 zielgerichtete Einsatz finanzieller Förderung und gesetzlicher
320 Regulierung.

321 **14.**

322 Die deutsche Volkswirtschaft schöpft ihre Kraft in besonderem
323 Maße aus der Innovationsstärke von Industrie und Handwerk.
324 Unsere traditionell von innovationsstarken mittelständischen
325 Unternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur ist weltweit einzigartig.
326 Unsere Unternehmen waren seit jeher Meister darin, ihre
327 Fertigkeiten einerseits zu verfeinern und sie andererseits laufend an
328 die Herausforderungen der jeweiligen Zeit anzupassen. Deshalb gibt
329 es in Deutschland auch so viele Weltmarktführer wie nirgendwo
330 sonst. Diese Entwicklung wäre ohne erfolgreiche Gründer und
331 innovative Betriebsnachfolger nicht möglich gewesen: Menschen,
332 die neue Potenziale entdecken, Neues wagen und Innovationen
333 erfolgreich anstoßen. Diesen Gründergeist brauchen wir gerade in
334 Zeiten der Digitalisierung. Denn erfolgreiche Gründer von heute sind
335 die Arbeitgeber von morgen. Umso wichtiger ist es, dass wir
336 frühzeitig eine positive Atmosphäre für Gründertum schaffen,
337 beispielsweise an Schulen und Universitäten.

338 Die zunehmende Digitalisierung von Produktions- und Arbeitswelten
339 wird im Bereich der produzierenden Unternehmen in Deutschland
340 mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“ gekennzeichnet. Tatsächlich
341 erfasst der digitale Umbruch aber die gesamte Wirtschaft. Die
342 Innovationsfähigkeit ist Sache der Unternehmen. Politik kann der
343 Wirtschaft weder Ideen liefern noch Anpassungsprozesse ersparen.
344 Sie kann ihnen aber rechtliche Hürden und bürokratische Steine aus
345 dem Weg räumen.

346 Deutschland ist für den digitalen Wandel gut aufgestellt. Unser Land
347 verfügt mit seinen gut ausgebildeten Fachkräften, der im
348 internationalen Vergleich leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur
349 und seinem verlässlichen Rechtssystem über starke
350 Voraussetzungen im internationalen Standort-Wettbewerb. Darauf
351 wollen wir aufbauen und diese Kriterien zu einem international
352 gefragten Standortvorteil weiter ausbauen.

353 **15.**

354 ***Fairer Marktzugang***

355 Die Digitalisierung verändert traditionelle Marktstrukturen. Es ist
356 Aufgabe der Politik, für einen Ordnungsrahmen zu sorgen, der fairen
357 Wettbewerb ermöglicht. Hierzu gehört insbesondere ein
358 diskriminierungsfreier Zugang zum Markt für kleine wie große
359 Unternehmen.

360 Mit der Digitalisierung haben sich Wertschöpfungsketten und damit
361 auch Wettbewerbsumfelder verändert. Suchmaschinen und
362 Handelsplattformen stellen das bestehende Kartell- und
363 Wettbewerbsrecht vor neue Herausforderungen. Gleiches gilt für
364 Plattformanbieter, Instant-Messaging-Dienste und
365 Telekommunikationsdienstleister. Die CDU will auch in der digitalen
366 Wirtschaft einen fairen Wettbewerb sicherstellen. Wir werden
367 deshalb prüfen, inwiefern die bisherigen Instrumente des Kartell-
368 und Wettbewerbsrechts angepasst werden müssen.

369 Auch hat sich die Beziehung zwischen Unternehmen und
370 Verbrauchern gewandelt. Vornehmlich durch soziale Netzwerke und
371 Bewertungsportale ist Endkunden mehr Einfluss zugewachsen. Dies
372 ist zu begrüßen, beinhaltet aber auch die Gefahr einer Schädigung
373 von Unternehmen durch unwahre Kommentierungen und
374 unsachliche Produktbewertungen. Die CDU behält diese
375 Entwicklung im Blick und setzt sich für einen angemessenen
376 Ausgleich zwischen der Meinungs- und Informationsfreiheit der
377 Verbraucher und den Rechten der Unternehmen ein.

378 **16.**

379 ***Digitalisierung des Handels***

380 Die massive Zunahme des Online-Handels führt zu einem starken
381 Anstieg von Transport- und Lieferverkehr. Wir setzen uns dafür ein,
382 den vielfachen Zusatzverkehr mithilfe innovativer Zustellmethoden
383 zu reduzieren. Zudem wollen wir etwa die Nutzung kommerzieller
384 Transportdrohnen ermöglichen. Dazu werden wir die erforderlichen
385 Voraussetzungen schaffen sowie die Notwendigkeit von
386 Gesetzesanpassungen prüfen.

387 Die Digitalisierung verändert traditionelle Handelsstrukturen. Handel
388 spezialisiert sich immer stärker und wird zunehmend hybride, findet
389 also zunehmend in einer Kombination aus stationärem Handel und
390 Online-Handel statt. Dies ist zunächst eine kommunale
391 Herausforderung. Projekte wie die „Online City Wuppertal“, bei der
392 sich lokale Händler und öffentlich-rechtliche Partner auf einer
393 Online-Plattform zusammengeschlossen haben, sind interessante
394 Ansätze zur gemeinsamen Gestaltung der Digitalisierung. Im
395 Rahmen ihrer Planungshoheit können Kommunen geeignete
396 Angebote für maßgeschneiderte Handelsflächen entwickeln.

397 Die Landesgesetzgeber müssen zudem prüfen, ob eine
398 weitergehende Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten geeignet
399 sein kann, um den Präsenzhandel zu stärken. Als Christlich
400 Demokratische Union bekennen wir uns jedoch auch weiterhin aus
401 tiefster Überzeugung zum Schutz des Sonntags. Gerade im Zeitalter
402 einer immer flexibler und immer schneller werdenden Arbeitswelt
403 bedarf es eines allgemeinen Ruhetages.

404 **17.**

405 ***Digitaler Binnenmarkt***

406 Um insbesondere dem Mittelstand als Anwender und Anbieter einen
407 einfacheren Marktzugang für digitale Produkte zu ermöglichen,
408 wollen wir einen digitalen Binnenmarkt innerhalb der EU konsequent

409 verwirklichen. Ziel der CDU ist es, dass der „digitale Warenverkehr“
410 genauso reibungslos wie der klassische Warenverkehr funktioniert.
411 Dank des Europäischen Binnenmarktes kann etwa Wein aus
412 Portugal ohne Zölle oder Handelsbarrieren nach Finnland verkauft
413 werden. Wir wollen, dass digitale Produkte im digitalen Binnenmarkt
414 genauso problemlos EU-weit gehandelt werden können.

415 Geistige Eigentumsrechte sind die Grundlage für digitale Inhalte und
416 damit ein Motor für neue digitale Geschäftsmodelle. Rechte, die
417 Bürgerinnen und Bürger im analogen Binnenmarkt
418 selbstverständlich genießen, müssen auch im digitalen Binnenmarkt
419 gelten und durchgesetzt werden können.

420 Wir werden auch prüfen, ob Zertifizierungen und Normierungen von
421 Datensicherheits- und Datenschutzbelangen den Zugang zum
422 digitalen Binnenmarkt für kleine und mittelständische Unternehmen
423 erleichtern können.

424 **18.**

425 ***Internationale Standardsetzung***

426 Damit die Vernetzung der physischen mit der virtuellen Welt des
427 Internet gelingt, müssen informationstechnische Systeme in einem
428 bislang nicht dagewesenen Maße integriert werden. Internationale
429 Normung und Standardisierung gewinnen daher weiter an
430 Bedeutung.

431 Wir setzen uns dafür ein, dass sich Deutschland noch stärker an der
432 internationalen Normung beteiligt und gleichzeitig in Deutschland
433 mehr konkrete Testumgebungen für das Internet der Dinge
434 ausgewiesen werden, wie beispielsweise einzelne
435 Autobahnabschnitte. So machen wir Deutschland attraktiv für
436 innovative Unternehmen, die hier Entwicklungspartnerschaften
437 eingehen, ihre Lösungen entwickeln und weltweit exportieren.

438 **19.**

439 ***Digitalisierungslotsen für den Mittelstand***

440 Die CDU ist überzeugt: Die deutsche Wirtschaft hat die besten
441 Voraussetzungen, den Wandel erfolgreich zu gestalten. Wir werden
442 die Rahmenbedingungen schaffen, mit denen die Unternehmen die
443 anstehenden Veränderungen erfolgreich meistern können. Wir
444 wollen insbesondere den Mittelstand beim Übergang in die digitale
445 Wirtschaft begleiten und stärken. Das erfolgreiche Projekt der
446 eBusiness-Lotsen wollen wir verstetigen und gemeinsam mit den
447 Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern zu
448 Digitalisierungslotsen weiterentwickeln.

449 **20.**

450 ***Forschungsförderung für den Mittelstand***

451 Überall dort, wo eine enge Zusammenarbeit von Forschung und
452 Unternehmen im Bereich der angewandten Wissenschaften gegeben
453 ist, schafft Technologietransfer ein Klima, in dem neue Ideen
454 entwickelt und umgesetzt werden können. Diese Kooperationen
455 müssen wir ausbauen und auch kleine und mittelständische
456 Unternehmen in allen Branchen ermutigen, diese Zusammenarbeit
457 einzugehen. Wir wollen dafür bestehende Förderinstrumente
458 weiterentwickeln und gegebenenfalls auch ergänzen. In Betracht
459 kommt dabei eine steuerliche Anerkennung entsprechender
460 Forschungsinvestitionen. Sie soll Innovationen im Mittelstand
461 effektiv und bürokratiearm unterstützen, ohne gleichzeitig
462 Gestaltungsanreize zu schaffen.

463 **21.**

464 ***Standortfaktor Breitband***

465 Wir wollen, dass jeder an den Chancen der Informationsgesellschaft
466 teilhaben kann. Unternehmen müssen überall in Deutschland über
467 schnelles Internet verfügen. Dafür brauchen wir eine moderne funk-
468 und festnetzbasierende Breitbandinfrastruktur. Deshalb ist es für die
469 CDU zentral, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung
470 mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde im

471 Download zu erreichen. Das wachsende Bedürfnis nach
472 breitbandigem Upload werden wir dabei ebenfalls berücksichtigen.
473 Wir werden einen Rechtsanspruch auf einen schnellen
474 Internetzugang einführen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu
475 gewährleisten. Bis 2020 soll zudem der Mobilfunkstandard 5G
476 sichergestellt werden, um Schritt zu halten bei der technologischen
477 Entwicklung.

478 **22.**

479 ***Gemeinsame Aufgabe Netzausbau***

480 Wir wissen, dass der flächendeckende Netzausbau ein
481 ambitioniertes Ziel ist. Es ist die Aufgabe der Politik, die
482 Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Das bedeutet jedoch nicht,
483 dass eine gute digitale Infrastruktur vornehmlich oder gar
484 ausschließlich staatlich zu finanzieren ist. Wir begrüßen daher, dass
485 die IKT-Unternehmen (Informations- und
486 Kommunikationstechnologie) angekündigt haben, mehr als acht
487 Milliarden Euro in den Ausbau ihrer Netze zu investieren.

488 Die CDU will weitere Vorschläge entwickeln, wie sich jenseits der
489 öffentlichen Hand Finanzierungsmodelle und Möglichkeiten für den
490 Ausbau erschließen lassen. Dabei setzen wir beim Netzausbau auf
491 einen intelligenten Technologiemix.

492 Wir wollen, dass bei öffentlichen Tiefbaumaßnahmen grundsätzlich
493 Leerrohre mitverlegt werden, um den späteren Aufbau von
494 Glasfasernetzen zu erleichtern. Öffentliche Auftraggeber müssen
495 bereits bei der Bauplanung sicherstellen, dass zukünftige
496 Technologien wie FTTH (fiber to the home) ausgebaut werden
497 können. Zudem wollen wir es privaten Investoren erleichtern, sich
498 am Ausbau der Infrastruktur zu beteiligen.

499 **23.**

500 Es ist verständlich, dass Ausbau und Betrieb digitaler Infrastruktur
501 für private Anbieter wirtschaftlich sein müssen. Das darf aber nicht

502 bedeuten, dass private Anbieter nur in „Filetstücke“ investieren.
503 Unter anderem haben sich Bundes- oder Landesbürgschaften als
504 geeignete Möglichkeiten erwiesen, den Breitbandausbau –
505 insbesondere in ländlichen Regionen – anzustoßen. Diesen Weg
506 werden wir weiter gehen. Auch wollen wir lokale Initiativen beim
507 Netzausbau vor Ort unterstützen.

508 Der Netzausbau erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von
509 Kommunen, Ländern, dem Bund und der Europäischen Union –
510 besonders dort, wo die Wirtschaftlichkeit des Netzausbaus in Frage
511 steht. Wir begrüßen, dass der Bund die Einnahmen aus der
512 Versteigerung der Funkfrequenzen in den Breitbandausbau
513 investiert. 1,1 Milliarden Euro werden zusätzlich ab 2016 durch das
514 Investitionspaket der Bundesregierung in den Breitbandausbau
515 fließen. Mit den Förderprogrammen des Bundes gilt es,
516 Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu unterstützen, durch die
517 Investitionshemmnisse und Wirtschaftlichkeitslücken insbesondere
518 in infrastrukturschwachen Regionen schnellstmöglich abgebaut
519 werden. Wir rufen außerdem die Länder dazu auf, mit ihrem Anteil
520 aus den Erlösen der Frequenzversteigerung den Ausbau der
521 schnellen Netze voranzutreiben.

522 Die CDU will, dass auch in Deutschland WLAN überall eine
523 Selbstverständlichkeit ist. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen
524 für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter schaffen.
525 Denn Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber ist dringend geboten.

526 **24.**

527 ***Standortfaktor Netzneutralität***

528 Das offene und freie Internet ist eine grundlegende Voraussetzung
529 für Innovation, freien Wettbewerb sowie Kommunikations- und
530 Meinungsfreiheit im Netz. Wir wollen daher die Netzneutralität
531 sicherstellen – auch auf europäischer Ebene: Unabhängig von
532 Sender und Empfänger sollen alle Datenpakete gleich behandelt und
533 diskriminierungsfrei übertragen werden. Sogenannte Spezialdienste,

534 die logisch getrennt vom offenen Internet angeboten werden, sollen
535 unter klaren Maßgaben zulässig sein. Spezialdienste sollen nur bei
536 ausreichender Netzkapazität erbracht werden dürfen. Sie dürfen die
537 Dynamik und Vielfalt des Internets und den Datenfluss im offenen
538 Internet nicht beeinträchtigen. Innerhalb einer Dienstklasse dieser
539 Spezialdienste sind alle Anbieter gleich zu behandeln.

540 **25.**

541 ***Standortfaktor Energiekosten***

542 Zur kritischen digitalen Infrastruktur gehören neben den
543 Hauptnetzen (Backbones) und Endkundenleitungen jedoch auch
544 Netzknotenpunkte und Rechenzentren. Insbesondere diese leiden
545 jedoch unter zunehmenden Energiekosten. Wir wollen deshalb
546 Lösungen entwickeln, mit denen bestehende Strukturen im Inland
547 erhalten bleiben und Investitionen angeregt werden.

548 **26.**

549 ***Hochschulen als digitale Innovationsmotoren***

550 So wie die Revolution der Drucktechnik durch Gutenberg die
551 Verbreitungsmöglichkeiten von Informationen und Wissen
552 revolutioniert hat, ermöglicht die Digitalisierung heute, die Grenzen
553 der Gegenständlichkeit durch potenziell uneingeschränkte
554 Zurverfügungstellung zu überwinden. Das führt zu einem globalen
555 Anstieg und besserer Verfügbarkeit des Wissensumfangs – und
556 damit zu einer enormen Steigerung der Innovationsfähigkeit
557 weltweit.

558 Damit unsere deutschen Hochschulen ihre Chancen nutzen können,
559 müssen die Angebote im Rahmen von Open Educational Resources
560 und Open Access, d.h. digitale Räume für einen freien und
561 kostenlosen Zugang zu Informationen und Wissensinhalten für die
562 Nutzenden, erweitert werden. Wir wollen erreichen, dass alle
563 wissenschaftlichen Artikel grundsätzlich die gleichen Chancen
564 haben, gelesen zu werden. Neue Ideen müssen Zugang zum Markt
565 des Wissens bekommen. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, eine

566 umfassende Open Access-Strategie zu entwickeln, die die
567 Rahmenbedingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang
568 zu öffentlich finanzierten Publikationen verbessert. Darüber hinaus
569 erwarten wir von Wissenschaft und Verlagen, dass sie
570 Vereinbarungen zu Open Access treffen.

571 Open Educational Resources (OER), d.h. freie Lern- und
572 Lehrmaterialien, können einen wichtigen Beitrag für die
573 Zukunftsfähigkeit der Hochschullehre leisten. Daher spricht sich die
574 CDU dafür aus, den Anteil digitaler Fachinformationen in den
575 Bibliotheken (E-Books, E-Journals und die Lizenzierung von
576 Datenbanken) weiter zu erhöhen. Um den Einsatz frei verfügbarer,
577 digitaler Lernmittel rechtssicher zu regeln, gilt es, das Vertragsrecht
578 und das Urheberrecht anzupassen.

579 **27.**

580 ***Experimentierräume für Innovationen***

581 Wir stehen vor der großen Herausforderung, mit einer immer
582 rasanteren Innovationsgeschwindigkeit mithalten und gleichzeitig
583 für rechtssichere Rahmenbedingungen sorgen zu müssen – ohne
584 eine vorseilende Regulierung schaffen zu wollen. Hier sind Politik
585 und Verwaltung gleichermaßen gefordert. Wir wollen deshalb
586 künftig vermehrt mit „Experimentierklauseln“ bei der Rechtsetzung
587 arbeiten. Damit wollen wir da, wo es möglich ist, durch begrenzte
588 Ausnahmen Freiräume für Innovationen schaffen. Denkbar wäre
589 etwa die Einführung von Experimentierklauseln auch im
590 Vergaberecht sowie die gezieltere Nutzung bestehender
591 Möglichkeiten zur funktionalen Leistungsbeschreibung, so dass bei
592 geeigneten Projekten auch innovative Lösungen kleiner Anbieter
593 zum Zuge kommen können. Wir brauchen hierfür eine neue Kultur in
594 der Verwaltung. Bestehende Regelungen müssen in der praktischen
595 Anwendung innovationsfreundlich ausgelegt werden.

596 **28.**

597 ***Rahmenbedingungen für Wagniskapitalgeber***

598 Innovationen erfordern Investitionen – angesichts der zunehmenden
599 Innovationsgeschwindigkeit in einem immer größer werdenden
600 Umfang. Aufgabe des Staates ist es, investitionsfreundliche
601 Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir brauchen
602 marktwirtschaftliche Instrumente zur Förderung von Innovationen.

603 Die Mobilisierung von Wagniskapital steht für Innovationsfreude,
604 Wachstumsdynamik und Zukunftsvertrauen. Unsere besondere
605 Aufmerksamkeit gilt den Anschlussfinanzierungen in der
606 Wachstumsphase, wenn es zu einem sprunghaften Anstieg des
607 Investitionsbedarfs kommt. Von der geplanten Wachstumsfazilität
608 des European Recovery Program (ERP)-Sondervermögens
609 gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds sowie dem
610 Wiedereinstieg der KfW als Ankerinvestor erwarten wir wichtige
611 neue Impulse. Kurzfristig wird hierüber zusätzliches
612 Wachstumskapital in Milliardenhöhe mobilisiert. Wir unterstützen
613 zugleich die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften (MBGen)
614 bei der Weiterentwicklung ihrer entsprechenden Angebote.

615 Wir werden eine „Task Force Wagniskapital“ einsetzen: Gemeinsam
616 mit Unternehmen und potentiellen Investoren wollen wir das im
617 Koalitionsvertrag vereinbarte Venture-Capital-Gesetz zügig
618 ausarbeiten und einführen. Die Task Force soll sich zunächst darauf
619 konzentrieren, widersprüchliche sowie unpraktikable Vorschriften
620 zu ermitteln und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Unser
621 langfristiges Ziel bleibt ein eigenständiges Regelwerk, das die
622 Tätigkeit von Wagniskapitalgebern verbessert und es attraktiver
623 macht, in junge Unternehmen und junge Wachstumsunternehmen
624 zu investieren.

625 **29.**

626 ***Bessere Finanzierung für Start-ups***

627 Wagniskapital kann auch eine Brückenfunktion zwischen etablierten
628 Unternehmen und Start-ups haben: Gewachsene Unternehmen
629 können von der Arbeitsweise und den Innovationen in Inkubatoren
630 oder Labs, zum Beispiel im Bereich Robotik, von Start-ups lernen
631 und diese vom Kapital der etablierten Unternehmen profitieren. Das
632 kann ein wichtiger Baustein sein, um den industriellen Kern unseres
633 Landes auch für die Zukunft zu sichern.

634 Denn erfolgreiche Start-ups sind Keimzellen des Mittelstands von
635 morgen. Sie schaffen Arbeitsplätze und gestalten Zukunft.

636 Darüber hinaus kann eine stärkere Nutzung von Börsengängen als
637 Ausstiegsoption einer Wagniskapitalbeteiligung die
638 Rahmenbedingungen für Beteiligungsinvestitionen in neu
639 gegründete Unternehmen verbessern. Die CDU begrüßt daher die
640 Bemühungen der Deutschen Börse, Investoren und
641 Jungunternehmer über eine vorbörsliche Plattform für Start-ups zu
642 verbinden. So können Börsengänge für junge innovative
643 Wachstumsunternehmen gefördert werden.

644 **30.**

645 ***Alternative Finanzierungsformen***

646 Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurden die Risiko-Regeln
647 für Banken deutlich verschärft. Nicht zuletzt deshalb ist es für
648 Gründer oftmals schwierig, das benötigte Kapital als klassischen
649 Bankkredit zu erhalten. Neue Finanzierungsformen, wie Online-
650 Kreditportale und Crowdfunding-Plattformen, bei denen sich
651 Kleinanleger direkt an konkreten Unternehmen beteiligen, bieten
652 hier eine große Chance. Diese alternativen Investitionsformen sollen
653 für Gründer wie Anleger gleichermaßen attraktiv sein. Wir wollen
654 einerseits keine rechtsfreien Räume, aber andererseits Innovationen
655 auch den Raum lassen, sich zu entfalten. In diesem Sinne wollen wir
656 das Kleinanlegerschutzgesetz auf seine Wirkweise überprüfen.

657 **31.**

658 **III. Rohstoff 4.0 – Leben im Datenzeitalter**

659 Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Durch die Vernetzung
660 und Digitalisierung in der Produktion und durch den zunehmenden
661 Einsatz von Sensoren zur Maschinen- und Prozessüberwachung
662 fallen Daten gigantischen Ausmaßes an. Hinzu kommen die riesigen
663 Datenmengen, die Verbraucher bei jedem Einkauf hinterlassen, sei
664 es im Online-Shop oder mit Kundenkarten an der Supermarktkasse.
665 In der gezielten Speicherung und Auswertung dieser Daten (Big
666 Data Analyse) liegt ein großes Wertschöpfungspotenzial für
667 Unternehmen, aber auch für die Wissenschaft. Wir wollen
668 Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit dieses Potenzial genutzt
669 werden kann. Dabei werden wir auf die Einhaltung hoher
670 Datenschutzstandards und offener Märkte achten.

671 **32.**

672 ***Freiheitsrecht***

673 Personenbezogene Daten sind Teil der Persönlichkeit und deshalb
674 schützenswert. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat
675 eine gesellschaftspolitische Dimension: Wer nicht weiß oder
676 beeinflussen kann, welche Informationen über sein Verhalten
677 gespeichert und anderweitig verarbeitet werden, wird aus Vorsicht
678 sein Verhalten anpassen. Dies kann nicht nur die eigene
679 Handlungsfreiheit beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl
680 insgesamt. Denn ein freiheitlich demokratisches Gemeinwesen ist
681 auf die selbstbestimmte Mitwirkung seiner Bürger angewiesen.

682 Die CDU will eine breite gesellschaftliche Debatte über den Wert von
683 Daten anstoßen. Dabei gilt es zu diskutieren: Wem gehören welche
684 Daten? In welchen Bereichen sind Daten ein Wirtschaftsgut? Wo
685 müssen die Bürger in die Lage versetzt werden, von Unternehmen
686 eine angemessene Gegenleistung für ihre Daten einzufordern? In
687 welchen Bereichen sind Daten als Ausdruck der persönlichen

688 Freiheit absolut schützenswert? Wo muss der Staat als Gesetzgeber
689 eingreifen und mit welcher Intensität?

690 Unser Ziel ist klar: Privatsphäre und das Recht auf die eigenen
691 Daten müssen eine Selbstverständlichkeit sein und dürfen nicht
692 zum Luxusgut werden.

693 **33.**

694 ***Einheitlicher Datenschutz***

695 Datenschutz braucht Rechtssicherheit auf Basis klarer,
696 transparenter und internationaler Regeln. Wir müssen auch hier in
697 Bündnissen denken. Die CDU strebt deshalb ein vor allem
698 einheitliches, hohes Datenschutzniveau in ganz Europa an, das den
699 berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der
700 Wirtschaft und damit unserem zukünftigen Wohlstand
701 gleichermaßen Rechnung trägt.

702 Wir treten dafür ein, dass die EU-Datenschutz-Grundverordnung
703 zügig Realität wird. Unternehmen sollen sich nicht mit 28
704 Datenschutzbeauftragten auseinandersetzen müssen, nur weil sie
705 etwa eine digitale Dienstleistung anbieten oder Daten aus mehreren
706 EU-Mitgliedstaaten verarbeiten.

707 Aber auch in Deutschland gibt es Nachholbedarf. Hierzulande sind
708 neben der Bundesbeauftragten 16 Länderbeauftragte für den
709 Datenschutz zuständig. Das geltende Datenschutzrecht wird in den
710 einzelnen Bundesländern häufig unterschiedlich ausgelegt. Das ist
711 gerade für digitale Produkte und Dienstleistungen nicht praktikabel,
712 da diese in Deutschland nur einheitlich erbracht werden können. Wir
713 wollen das geplante „One-Stop-Shop“-Prinzip der EU-Datenschutz-
714 Grundverordnung auch in Deutschland einheitlich und verbindlich
715 regeln. Wir brauchen eindeutige Zuständigkeiten, auch bei der
716 Vertretung Deutschlands im künftigen EU-Datenschutzausschuss.
717 Wenn wir die Mechanismen der EU-Datenschutzgrundverordnung im

718 nationalen Recht verankern, werden wir darauf achten, dass
719 Deutschland nach innen und nach außen mit einer Stimme spricht.

720 **34.**

721 ***Datentransparenz***

722 Die Daten-Diskussion in Deutschland ist derzeit geprägt von einer
723 großen Sensibilität gegenüber dem Sammeln von Daten. So werden
724 zum Beispiel digitale Aufnahmen von Häuserfassaden, die als Teil
725 des öffentlichen Straßenbildes für jedermann öffentlich zugänglich
726 sind, zum höchstpersönlichen Datenschutzgut erklärt. In Zeiten von
727 Big Data werden zudem große Mengen nicht-personenbezogener
728 Daten erhoben, für die keine vergleichbar strengen Beschränkungen
729 erforderlich sind, wie bei personenbezogenen Daten.

730 Wir brauchen deshalb eine grundsätzliche Neujustierung in der
731 Diskussion um Datenschutz und Datensicherheit. Die CDU will eine
732 klare rechtliche Differenzierung zwischen personenbezogenen und
733 nicht-personenbezogenen Daten schaffen, um angemessene und
734 praktikable Ergebnisse erzielen zu können.

735 **35.**

736 Daten sind längst zu einer Ressource bzw. einer Währung
737 geworden. Das Geschäftsmodell digitaler Dienstleistungen hängt oft
738 von der Verfügbarkeit von Daten ab. Viele Menschen nutzen diese
739 Dienstleistungen und geben im Gegenzug gerne ihre Daten preis.
740 Dieser Tausch kann nützlich für beide Seiten sein, wenn für den
741 Nutzer erkennbar ist, wie seine Daten weiterverwendet werden. Die
742 Frage, welche Kaufgewohnheiten, Bewegungsprofile, Vorlieben und
743 Abneigungen gespeichert werden und vom wem diese eingesehen
744 und wie genutzt werden, muss für Verbraucher verständlich sein
745 und selbstbestimmt geregelt werden können. Unwissenheit sorgt für
746 Unsicherheit bei Verbrauchern und führt damit zu
747 Verhaltensänderungen oder aber zu einem leichtfertigen Umgang
748 mit den eigenen Daten.

749 Die CDU will zudem die Chance nutzen, über die positiven Aspekte
750 von Daten gerade im Kontext von Open Data zu reden. Nach dem
751 Vorbild etwa der Wiener „Woody“-App wollen wir Projekte fördern,
752 die mit Musteranwendungen zeigen, wie die Nutzung von Daten der
753 Allgemeinheit von großem Nutzen für die Allgemeinheit ist. Dabei
754 muss klar sein, dass diese Datenprodukte erstens nur mit
755 anonymisierten Daten und zweitens auf hohem Sicherheitsstandard
756 arbeiten. Die Bürger sollen durch transparenten, informierten
757 Umgang mit ihren Daten den Mehrwert von Big Data nutzen können,
758 ohne auf Privatsphäre und Selbstbestimmung verzichten zu
759 müssen.

760 **36.**

761 ***Datensicherheit***

762 Gerade der Mittelstand ist aufgrund seiner Innovationsstärke in
763 Bezug auf Datendiebstahl besonders gefährdet. Der damit
764 verbundene Know-How-Abfluss ist eine der größten Gefahren für die
765 deutsche Wirtschaft.

766 Wir wollen durch gute und transparente Regelungen
767 Vertrauenswürdigkeit zu einem weiteren Markenzeichen „Made in
768 Germany“ machen. Es gilt daher, die IT-Sicherheit, aber auch den
769 Schutz vor anderen Wegen der Wirtschaftsspionage zu stärken.
770 Deutschland ist durch das BSI mit seinem IT-Grundschutz
771 international Vorreiter. Diese Position wollen wir ganzheitlich und
772 mit pragmatischen Ansätzen auf alle Aspekte des
773 Wirtschaftsschutzes ausweiten. Wirtschaft, Verbände, Kammern und
774 Behörden sind hier gemeinsam gefordert, in dieser
775 Legislaturperiode gestartete Initiativen zu verstetigen, um so die
776 Sensibilisierung und die Widerstandsfähigkeit deutscher
777 Unternehmen dauerhaft zu steigern.

778 **37.**

779 Die CDU setzt sich darüber hinaus für eine gemeinsame Strategie
780 von Staat und Unternehmen zur Bewältigung der

781 Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit ein. Wir
782 wollen die deutsche Wirtschaft dazu ermuntern, einen Fonds
783 „Trust4Trust“ für praxisnahe Forschung und Entwicklung
784 innovativer IT-Security-Lösungen zu etablieren und auszustatten. So
785 kann an einem neuralgischen Punkt ein Stück „Digitale
786 Souveränität“ zurückgewonnen werden.

787 Wir wollen dabei eine fachliche Begleitung durch die zuständigen
788 Ressorts und Behörden gewährleisten, sodass der Staat auch hier
789 seinen Beitrag nicht nur bei der rechtlichen sondern auch bei der
790 technologischen Sicherung des digitalen Raums leistet. Die CDU
791 sagt: Der Staat kann nicht die komplette Verantwortung für die
792 Sicherheit im Cyberspace übernehmen. Er kann aber helfen, dass
793 private und gewerbliche Anwender ihre Risiken und
794 Handlungsbedarfe erkennen und angemessene
795 Sicherheitsmaßnahmen ergreifen können.

796 **38.**

797 ***Datenverarbeitung und wirtschaftliche Interessen***

798 Aufgrund des notwendigen Innovationstempos muss es einen
799 engen Austausch zwischen der Wirtschaft und den Datenhütern in
800 Deutschland geben. Zu diesem Zweck wollen wir die Stiftung
801 Datenschutz zu einer Stiftung Innovation und Datenschutz
802 ausbauen, im Verantwortungsbereich der Bundesbeauftragten für
803 den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) ansiedeln und
804 ihren Beirat stärken. Führende Vertreter der Wirtschaft und der
805 Wissenschaft sollen datenschutzrechtliche Herausforderungen für
806 die deutsche Wirtschaft identifizieren und Vorschläge für
807 passgenaue Lösungen entwickeln. Im Auftrag des Beirats soll
808 außerdem ein zweijährlicher Fortschrittsbericht über den
809 Themenkomplex „Datenverarbeitung und wirtschaftliche
810 Entwicklung“ realisiert werden.

811 **39.**

812 **IV. Staat 4.0 – Vom Vater Staat zum BürgerStaat**

813 Durch die zunehmende Vernetzung aller Lebensbereiche verändert
814 sich auch das Verständnis von der Rolle des Staates weiter. Der
815 Staat ist nicht nur Ordnungshüter, sondern muss noch stärker auch
816 Dienstleister für die Bürger sein: Vom „Vater Staat“ zum
817 „BürgerStaat“.

818 ***E-Government***

819 Mit dem E-Government-Gesetz des Bundes haben wir die Grundlage
820 für nutzerfreundliche elektronische Verwaltungsverfahren
821 geschaffen. Das Projekt „Modellkommune
822 E-Government“ setzt diesen Ansatz auf kommunaler Ebene fort. Auf
823 nationaler Ebene und auf Länderebene gibt es jedoch noch viel
824 Nachholbedarf. Die Digitalisierung der Verwaltung und der Justiz
825 kommt dort nur sehr schleppend voran. Die CDU sagt klar: Hier
826 müssen und wollen wir besser werden.

827 In Anlehnung an die „Plattform Digitales Österreich“ wollen wir
828 deshalb eine „Bundesagentur Digitales Deutschland“ im
829 Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes ins Leben rufen.
830 Eine solche Bundesagentur soll als Steuerungszentrum für die
831 Umsetzung aller E-Government-Agenden und Open Data-Aktivitäten
832 in Deutschland fungieren. Sie soll hierbei den Ausbau des E-
833 Government planen, koordinieren und implementieren. Die
834 Bundesagentur ist gegenüber staatlichen Behörden
835 weisungsbefugt. Ein wichtiger Bestandteil der „Bundesagentur
836 Digitales Deutschland“ soll die enge und institutionell verankerte
837 Zusammenarbeit mit Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, der
838 Wirtschaft und anderen repräsentativen Gruppen sein.

839 **40.**

840 ***Bürgerportal für staatliche Dienstleistungen***

841 Wir wollen die einheitliche Behördennummer 115 für das digitale
842 Zeitalter weiterentwickeln. Dazu werden wir ein Bürgerportal
843 einrichten, das den elektronischen Zugang zu Dienstleistungen aller
844 staatlichen Ebenen bündelt. Sämtliche Dienstleistungen, die der
845 Staat elektronisch anbietet, sollen mit einem Anreiz für die Bürger
846 versehen werden. Denkbar sind etwa schnellere Bearbeitungszeiten
847 oder geringere Bearbeitungsgebühren. Alle staatlichen
848 Dienstleistungen sollen online bezahlbar sein. Digitale
849 Dienstleistungen des Staates sollen des Weiteren auf allen mobilen
850 Geräten nutzbar sein. Ziel muss es sein, darüber hinaus den Katalog
851 der digitalen Dienstleistungen stetig zu erweitern. Dabei ist vor
852 deren Einführung mittels Kosten-Nutzen-Analyse ein tatsächlicher
853 Mehrwert nachzuweisen.

854 **41.**

855 Das Bürgerportal soll auch einem verbesserten und transparenteren
856 Datenmanagement dienen. Im Verhältnis zum Staat haben die
857 Bürger das Recht an ihren Daten. Deshalb will die CDU erreichen,
858 dass jedermann jederzeit einsehen kann, welche Verwaltungsstelle
859 Zugriff auf welche seiner Daten hat. Entsprechend soll der Staat jede
860 Information bei seinen Bürgern und Unternehmen nur einmal
861 abfragen dürfen. Die Daten sollen von den Behörden dezentral
862 gepflegt werden, aber von den Bürgern zentral über das
863 Bürgerportal abgerufen werden können. Der CDU ist es dabei
864 wichtig, dass mehr Transparenz und mehr Effizienz nicht zulasten
865 der Vertraulichkeit personenbezogener Daten gehen. Dafür werden
866 wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Die CDU will den
867 transparenten Staat, nicht den gläsernen Bürger.

868 Zur Identifizierung und Authentifizierung wollen wir den neuen
869 Personalausweis als das zentrale Anwendungsinstrument der
870 elektronischen ID in allen Bereichen etablieren. Damit können sich
871 die Bürger lange Wartezeiten bei Behördengängen ersparen und

872 gängige Rechtsgeschäfte bequem online erledigen. Dazu sollen
873 Basisfunktionen ohne komplizierte PIN-Eingaben nutzbar werden.
874 Nach einer ausführlichen Testphase soll die elektronische ID
875 langfristig verpflichtend für alle werden und durch Verwendung von
876 Smart-Phones ohne zusätzliche Hardware (z. B. Lesegerät) zu
877 benutzen sein. Die elektronische Signatur werden wir dazu rechtlich
878 der manuell erstellten Signatur gleichstellen.

879 **42.**

880 ***Elektronische Steuererklärung***

881 Unternehmen sind seit 2011 verpflichtet, ihre Steuererklärung
882 elektronisch abzugeben. Bürger können dies freiwillig tun. In beiden
883 Fällen ist es zusätzlicher Aufwand, wenn die Finanzverwaltung auch
884 noch die Einreichung von Papieranlagen anfordert. Wir wollen, dass
885 die elektronische Steuerklärung künftig ohne weitere Papieranlagen
886 möglich wird. So können wir es schaffen, dass die Bearbeitung im
887 Regelfall nicht länger als 30 Tage dauert.

888 **43.**

889 ***E-Gesetze und E-Kommunikation***

890 Auf allen politischen Ebenen sollen Gesetzgebungsprozesse nur per
891 elektronischer Aktenführung ablaufen. Die CDU will im Bund mit
892 gutem Beispiel vorangehen. Nach dem Vorbild Estlands wollen wir
893 papierlose Kabinettsitzungen einführen. Entsprechend soll der
894 Bund innerhalb seiner Institutionen nach Möglichkeit papierlos
895 kommunizieren.

896 **44.**

897 ***Von der Papierakte zur E-Akte***

898 Die Umstellung von der Papierakte zur E-Akte verläuft schleppend.
899 Als erster Schritt soll die E-Akte deshalb verpflichtend als führende
900 Akte eingeführt werden. In allen staatlichen Behörden soll eine rein
901 elektronische Aktenführung vorhanden sein. Hierzu bedarf es bei
902 der Einführung der E-Akte zusätzlicher Begleitung sowie finanzieller
903 Mittel. Auf diesem Wege kann der Übergang zur E-Akte gelingen.

904 Außerdem können Anreize geschaffen werden, die eine Umstellung
905 attraktiv machen. Denkbar wäre etwa, dass Institutionen dadurch
906 eingesparte Mittel behalten und frei für andere Projekte vergeben
907 dürfen.